Einig, stahlhart und siegesbewußt.

In seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 6. August 1914 hat unser Kaiser das stolze Wort geprägt: „Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war." Der Verlauf des Weltkrieges bis zum heutigen Tage hat die Wahrheit dieses Wortes erneut bewiesen. Der Ansturm mehr denn der halben Welt ist an der unerschütterlichen eisengrauen Front draußen, an der in der Not des Vaterlandes geläuterten und riesenhaft erstarkten deutschen Zähigkeit und Einigkeit gescheitert. In dieser Einigkeit, in dem festen Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache, in der unwandelbaren Liebe und Treue zur Heimat ruhen die Wurzeln jener Kraft, die das deutsche Heer im Kämpfen und Siegen, die deutsche Heimat im Ertragen und in der Arbeit stark macht.

An diesen tiefsten und heiligsten Grundlagen dieser unserer vielbewunderten und vielbeneideten Kraft hat der Krieg nicht gerüttelt. Wohl scheint der Streit der Tagesmeinungen gelegentlich unser aller Ziel, Deutschlands Gedeihen und Größe in zukünftigen Friedenstagen, zu verdunkeln und die im einheitlichen Willen der Nation ruhende Kraft zum Durchhalten und Siegen bis zur Erreichung des ehrenvollen, unsere Entwicklung sichernden Friedens schwanken zu lassen; aber wer ist im Grunde seines Herzens nicht davon überzeugt, daß in der drängendsten und größten Frage der Gegenwart, in der Frage der Existenz des deutschen Volkes, die nach dem Willen unserer Feinde draußen auf blutiger Wahlstatt gelöst werden muß, das deutsche Volk von der gleichen Einigkeit und der selbstlosesten Stärke des Siegesbewußtseins beseelt ist wie in den ersten Tagen des Krieges?

Mit ernster mahnender Stimme weist unser Feldmarschall v. Hindenburg in seinen Dankesworten für die reichen Ehrungen zu seinem 70. Geburtstage auf die erste und einzige Grundlage der deutschen Gegenwart und der deutschen Zukunft hin, auf die Einigkeit, die freudige Einigkeit. — Die Not der Zeit pocht hämmernd an die Tür, ihre Abwehr erfordert alle, auch die letzten Kräfte! Es gilt den schwersten Kampf um die Selbsterhaltung eines 70-Millionen-Volkes! Wer mag, wo die Brüder draußen, in Feuer, Sturm und Graus bis zum letzten Atemzuge kämpfend, die Überzahl der Feinde abwehren, sich da mit Plänen tragen, wie das „Morgen" sich gestalten möge? Wer findet da Zeit zum Grübeln und Entwerfen, wo die Stunde jeden Arm und jeden Nerv zur Verteidigung des „Heute" braucht? —

Hindenburg sagt: „Vertrauet, daß Deutschland erreichen wird, was es braucht, um für alle Zeit gesichert dazustehen. Vertrauet, daß der deutschen Eiche Luft und Licht geschaffen werden wird zur freien Entfaltung." — Das Wort des Marschalls gilt. Er, der nicht nur die größten Siege der Weltgeschichte erfochten hat, der auch in der schwersten Stunde die militärische Gesamtleitung in die Hand nahm und sich, sorgsam und kühn, klug und verwegen, als Weiser in der Führung der sich auf den Schlachtfeldern in Ost und West und Südost entscheidenden Weltgeschicke gezeigt hat, er tritt mit seiner ganzen Person, seiner ganzen Größe dafür ein. Kein Zweifel, kein Zaudern, kein Vorbehalt kann daran deuteln.

Darum heißt es jetzt weiter mit den Worten des Marschalls: „Die Muskeln gestrafft, die Nerven gespannt, das Auge geradeaus! Wir sehen das Ziel vor uns: Ein Deutschland hoch in Ehren, frei und groß!" Und unser Feldgeschrei sei wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft ein anderes Hindenburgwort:

Einig, stahlhart und siegesbewußt!

Handel und Verkehr.

Protestfrist für Wechsel in Elsaß-Lothringen. Nachdem der Bundesrat laut Bekanntmachung vom 20. September bestimmt hat, daß die Protestfrist für Wechsel, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, frühestens mit dem 31. Januar 1918 statt mit dem 31. Oktober 1917 abläuft, ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Juli 1917, betreffend die Postprotestaufträge mit Wechseln und Schecks, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, entsprechend geändert worden. Danach werden die Postprotestaufträge mit Wechseln, die in diesem Gebiete zahlbar sind und deren Zahlungstag in die Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. Januar 1918 fällt, am 31. Januar 1918 nochmals zur Zahlung vorgezeigt werden.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Bericht.) Berlin, 11. Oktober.

Als erster Punkt stand auf der heutigen Tagesordnung der

Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Der Gesetzentwurf, der den Reedereien beträchtliche Beihilfen bietet, wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Gruppen angenommen.

Vizekanzler Dr. Helfferich: Mit diesem Beschluß hat der Reichstag ein Gesetz verabschiedet, das für Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege von größter Bedeutung ist. Wie das Gesetz über die Vorentschädigung für die durch den Russeneinbruch verheerte Ostmark neues Leben aus den Ruinen hat wachsen lassen, so wird auch dieses Gesetz dem deutschen Unternehmungsgeist helfen, das wichtigste Werkzeug unserer wirtschaftlichen Außenbeziehungen, unsere Handelsflotte wieder in alter Kraft erstehen zu lassen. Das Gesetz dient nicht dem Vorteil einzelner Klassen oder Stände, sondern dem Wohle des ganzen Volkes und auch dem Wohle der breitesten Schichten unserer arbeitenden Bevölkerung, für deren Lebenshaltung die rasche und vollständige Wiederherstellung unseres Außenhandels eine der wichtigsten Voraussetzungen ist. Das Gesetz ist ein Symbol. Mitten im Getöse der furchtbarsten Schlachten denkt unser Volk an die friedliche Arbeit, eingeschlossen von einer Welt von Feinden, denkt es an das freie Meer. Das Gesetz zeigt aller Welt den ungebrochenen Willen des deutschen Volkes zu leben und zur Entwicklung. Das Gesetz zeigt, daß Deutschland entschlossen ist, diesen Willen zum Leben, den Glauben an die kommende Zeit und seine unzerstörbare Zuversicht auf den Frieden nicht nur im Kampf gegen den Feind, sondern auch in der kommenden Friedensarbeit zu betätigen. Es folgt die

dritte Lesung des Nachtragsetats.

Abg. Ledebour (U. Soz.) bekämpft die Einrichtung des Vizekanzlerpostens und richtet heftige Angriffe gegen den Reichskanzler und den Stellvertreter Dr. Helfferich, indem er noch einmal auf den Zwischenfall betreffend die Abg. Dittmann, Haase, Vogtherr zurückkam. Redner erhält im Laufe seiner Ausführungen zwei Ordnungsrufe.

Abg. Dr. David (Soz.) wendet sich gegen den Vizekanzlerposten und meint, ein starker Kanzler brauche, trotz des unleugbaren Anwachsens der Geschäfte, keinen Stellvertreter. Da der Vizekanzler das Kernstück des Nachtragsetats ist, wird die Fraktion des Redners die Vorlage insgesamt ablehnen.

Abg. Stadthagen (U. Soz.) fordert die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes.

Damit schließt die Aussprache. Die Nachtragsforderung, die die neue Stelle eines Vizekanzlers bewilligt und den Neuforderungen für das Reichswirtschaftsamt zustimmt, wird gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen angenommen.

Eine Entschließung der U. Sozialisten, wonach der im Heere eingerichtete Aufklärungsdienst sofort aufgehoben werden soll, und insbesondere die Unterweisung der Soldaten über Kriegsziele und -fragen durch Vorgesetzte untersagt werden soll, wird abgelehnt.

Die Ergänzung zum Besoldungsgesetz wird angenommen.

Nunmehr wird die Aussprache über die

Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts

fortgesetzt. Damit verbunden wird eine Aussprache über die Schutzhaft, den Belagerungszustand und die Zensur. Der Ausschuß fordert die Beseitigung der politischen Zensur. Die Sozialdemokraten beantragen die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.) weist darauf hin, daß das Haus heute die 25. Debatte über die Zensur hat. Er fordert Aufhebung der Zensur, die dauernd zu allerlei Unzuträglichkeiten führe.

Staatssekretär Dr. Helfferich betont nochmals, daß der Reichskanzler und der Kriegsminister ausdrücklich jede Agitation im Heere zugunsten einer Partei gemißbilligt haben, und nimmt den Reichstag gegen Vorwürfe in Schutz, die nach dem Vorredner erhoben worden sind.

Staatssekretär Wallraf erklärt, daß die Zensur in feindlichen Ländern viel rigoroser als bei uns gehandhabt würde. Eine unbeschränkte Erörterung aller Fragen ist zurzeit bei uns nicht möglich. Der Staatssekretär sagt zu, daß er sich dafür einsetzen wolle, daß Zeitungsverbote nach Möglichkeit beseitigt werden.

Oberst v. Wrisberg: Es wird das Bestreben des Kriegspresseamtes sein, Fehler nach Möglichkeit zu vermeiden.

Abg. Röricke (kons.) bringt mancherlei Beschwerden über die Zensur vor und betont, daß durchaus keine Bevorzugung der konservativen Presse vorliege.

Abg. Ickler (natl.): Das Arbeiterrecht muß den

Eckstein der Neuorientierung

bilden.

Abg. Dittmann (U. Soz.) verlangt Aufhebung des Belagerungszustandes. Dadurch allein werde eine Atmosphäre des Friedens geschaffen.

Oberst v. Wrisberg: Das Schutzhaftgesetz ist für uns keineswegs Lust. Das ersehen Sie schon daraus, daß in den letzten Wochen 251 Personen aus der Schutzhaft entlassen worden sind. Es wird durchaus nach den Bestimmungen verfahren. Wir wollen auf diesem Wege weitergehen. Es gibt allerdings Elemente, deren Betätigung wir nicht zulassen können. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, für die Sicherheit unseres Heeres in der Heimat zu sorgen.

Abg. Haug (Els.) dankt für das Schutzhaftgesetz. 600 Ausgewiesenen sind dadurch die Pforten der Heimat wieder erschlossen worden.

Abg. Heine (Soz.) bringt auch eine Anzahl von Beschwerden zur Sprache. Redner kommt dann zu einer Kritik an Hindenburg, die den Reichstagspräsidenten und andere Redner des Hauses auf den Plan ruft.

Nach längerer Debatte wird schließlich eine Erklärung angenommen, wonach die in Elsaß-Lothringen angeordneten Ausweisungen unter das Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 fallen sollen. Angenommen werden ferner die Anträge des Hauptausschusses zur Zensur. Die Entschließung auf Beseitigung der politischen Zensur wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht dann die

Zentrumsinterpellation über den gewerblichen Mittelstand.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß der Reichskanzler bereit sei, die Interpellation an einem Tage zu beantworten, der mit dem Präsidenten vereinbart werden soll.

Aus dem Gesetz zur Vereinfachung der Rechtspflege sind nur einige Bestimmungen herausgenommen, wonach die Strafkammer von den formularmäßigen Überweisungsbeschlüssen an die Schöffengerichte entlastet werden soll. Ferner soll ein Strafbefehl auch auf Strafen über 150 Mark ergehen dürfen. Dieser Teil der Vorlage wird angenommen.

Angenommen wird das Gesetz über den Ersatz der Beisitzer bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten. Erledigt werden einige Rechnungssachen.

Zur Verhandlung steht dann der Ausschußbericht über Soziales. In mehreren Entschließungen fordert der Hauptausschuß Erhöhung der Mannschaftslöhnung, des Putzgeldes, der Invalidenrenten usw.

Ministerialdirektor Schröder teilt mit, daß die gewünschten Erhöhungen zwei Milliarden im Jahre erfordern würden.

Das Haus vertagt sich bis zum 5. Dezember.

Der Präsident erhält die Ermächtigung, die Sitzung gegebenenfalls auch schon früher einzuberufen.

Präsident Dr. Kaempf sendet in einer Schlußrede an Heer und Flotte wärmste Grüße. Unser Gruß gilt auch dem Volk in der Heimat, dem wir zurufen: Nur nicht die Nerven verlieren. Wir vertrauen der Obersten Heeresleitung. Wir werden einen dauernden Frieden erringen, der dem deutschen Volke die ihm für sein Leben und seine freie Entwicklung notwendigen Grundlagen bietet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*In parlamentarischen Kreisen ist man überzeugt, daß in der Tat **eine Kanzlerkrise** besteht. Es heißt, von verschiedenen Seiten werde gegen Dr. Michaelis, den Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle und den Vizekanzler Dr. Helfferich gearbeitet. Zurzeit steht nur soviel fest, daß die interfraktionellen Besprechungen auch innerhalb der Mehrheitsparteien noch nicht zu einer einheitlichen Stellungnahme geführt haben.

*In der letzten Bundesratssitzung gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über Verjährung der Beitragsrückstände in der Angestelltenversicherung, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni / 23. Dezember 1916 und der Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten vom 4. April 1916.

Österreich-Ungarn.

*Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm die Anträge des Presseausschusses betr. Aufhebung der politischen Zensur nach kurzer Debatte an, worin sämtliche Redner für die Wiedereinführung der vollständigen Preßfreiheit eintraten. Im Laufe der Debatte hob der Minister des Innern Graf Toggenburg hervor, die Regierung möchte je eher je lieber auf die Zensur verzichten, doch könne mit Rücksicht auf die Feinde, die mit größter Aufmerksamkeit unser öffentliches Leben verfolgen, wohl noch schwer derzeit auf die Kriegszensur ganz verzichtet werden. Es soll aber eine Neuordnung dahin getroffen werden, daß Fragen rein politischer Natur der Zensur nicht unterliegen.

Schweden.

*Die Erpressungspolitik Englands und Amerikas, die durch Androhung der Ausfuhrsperre die skandinavischen Länder in den Krieg treiben will, erregt besonders in Schweden helle Entrüstung. Das Blatt ‚Nya Dagligt Allehanda' schreibt u. a.: Die Neutralen sollen also auf dieselbe Weise behandelt werden wie jedes feindliche kriegführende Land, und warum? Um sie aus der Neutralität herauszuzwingen, zuerst einmal auf der Handelspolitik. Einstweilen begnügt sich Amerika damit, zu glauben, daß Skandinavien und Holland sich nahezu selbst versorgen könnten, wenn nicht nach Deutschland ausgeführt würde, und das zu einer Zeit, wo wir in Schweden bloß 50 % unseres normalen Brotvorrats haben. — Andere Blätter schreiben ganz offen, daß England das Land unter allen Umständen zum Kriege pressen wolle.

Rußland.

*Die neue Koalitionsregierung wendet sich in einer Erklärung an das Volk. Sie weist auf die Anarchie im Lande hin, die die Republik gefährde, verspricht sich für einen schnellen Gesamtfrieden und eine Revision der Kriegsziele einzusetzen und sagt Reformen der Verwaltung, der Agrarpolitik und der Finanzwirtschaft zu. Zum Schluß kündigt die Erklärung neue Steuern an. Die Erklärung ist deshalb bedeutsam, weil sie ausdrücklich feststellt, die Regierung wolle für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eintreten und sich gegen alle Eroberungen wenden.

Kleine Nachrichten.

— Wie aus London gemeldet wird, verlangt der Kriegsminister die Aushebung einer Frauenarmee und zwar 10 000 monatlich. Die Rekrutierungsbureaus sind bereits eröffnet.

Das Rätsel seiner Ehe.

20] Roman von Ludwig Hasse.

(Fortsetzung.)

„An was denkst du, Margit?" fragte er liebreich. „Fürchtest du dich vor dem Leben da drüben?"

Da schlang sie die Arme um seinen Hals und sagte: „Nein, nein, Liebster — denke das nicht . . ." aber in ihren schönen Augen standen doch die Tränen.

„Du weinst?"

„Schilt mich nicht, Lieber. Ich muß an den armen Pa denken, er hatte mich so lieb . . . und ich muß ihm so dankbar sein."

„Wir wollen ihn lieben und ehren, wie sich's gebührt, Margit," sagte Alexander ernst. „Was du mir von ihm und deiner Mutter erzählt hast, hat mir ein ganz andres Bild von ihm gezeigt. Er ist ein edler, guter Mensch, wenn auch in seinen Standesvorurteilen befangen — aber wir — wir, Margit — wir müssen freie Menschen sein."

„Du hast recht — aber ich denke doch daran, daß ich ihm, dem Guten, Schmerz bereitet habe."

„Wir wollen es gut machen, wenn er unsere Eigenart anerkannt . . ."

Dieses Gespräch veranlaßte Alexander, seine Entschlüsse und Pläne einer Nachprüfung zu unterziehen. Er hatte diese gefaßt, als er allein stand in der Welt; als er für niemanden als für sich zu sorgen hatte. Jetzt hatte er die Verantwortung für sein Weib mit übernommen. Durfte er da seinen immerhin etwas abenteuerlichen Plan weiter verfolgen?

Er allein hätte sich ja durch die Welt geschlagen. Aber konnte er es verantworten, die zarte Frau, die unter den reichsten Verhältnissen aufgewachsen war, den rauhen Stürmen der Welt auszusetzen? Sie, die bisher keine Sorge, keine Not, keine harte Arbeit gekannt, die in den höchsten Kreisen verkehrt und in dem üppigsten Luxus gelebt, in die Wildnis führen, um sie arbeiten zu lassen wie die Frau eines einfachen Landmannes?

Ein unbehagliches Gefühl der Furcht und Besorgnis vor der Zukunft überfiel ihn. Und wenn er die schlanke, edle Gestalt seiner Gattin durch den Garten schreiten sah, wenn sie an dem Pianino, das er gemietet hatte, saß, um mit ihrer schönen Altstimme die Lieder von Schumann und andern Meistern zu singen, oder wenn unter ihren weißen, schlanken Fingern die tiefen Töne eines Chopinschen Nocturnos, einer Beethovenschen Sonate, hervorquollen in meisterhaftem Spiel, dann sah er sie, ohne es zu wollen, in dem Rahmen des alten Schlosses Eindöt, wie sie dort in dem Musikzimmer an dem prächtigen Flügel saß, oder wie sie durch den herrlichen Park streifte, oder im alten Rittersaal in majestätischer und doch anmutiger Haltung die Gäste empfing.

Konnte sich Schloß Eindöt eine schönere, klügere, edlere Herrin denken als Margit?

Seine Gedanken schweiften jetzt öfter denn je nach Schloß Eindöt zurück, und als sie eines Abends achtlos sagte: „Es ist doch schade, daß ich Schloß Eindöt gar nicht kennen gelernt habe . . ." da entgegnete er unwillkürlich: „Wir können ja einmal hinfahren . . ."

Erstaunt, fast erschreckt, sah sie ihn an. „Meinst du es wirklich so, Alexander?" fragte sie ernst.

Er errötete heiß. „Wenn du es wünschest . . ."

„Nein, Liebster," entgegnete sie und schüttelte traurig den Kopf. „Es war unvorsichtig von mir, das zu äußern. Ich weiß ja, daß du Heimweh hast — aber ich will nicht, daß du dir um meinetwillen unrein wirst. Ich bin glücklich, wenn ich bei dir bin, wo wir auch weilen — und ich möchte dich auch glücklich sehen."

„Bin ich es nicht, Margit?"

„Ich hoffe es, Alex . . . aber ich weiß es nicht . . ."

Da nahm er sich zusammen und zeigte Margit nur noch eine frohe Miene. Aber der Gedanke an Eindöt und an Margit als Herrin in dem alten Schloß kam ihm nicht mehr aus dem Sinn.

Einige Wochen waren seit der Vereinigung des Ehepaares verflossen, als Inspektor Petersen telegraphisch seinen Besuch in einer wichtigen Angelegenheit ankündigte.

„Willst du ihn hier in unserer Wohnung empfangen?" fragte Margit.

„Gewiß," entgegnete Alexander lächelnd. „Vor meinem alten treuen Petersen brauchen wir kein Geheimnis zu haben, und dich wird es auch interessieren, den treuen Freund meiner Familie kennen zu lernen. Hätte mein Vater auf ihn gehört, würde es mit Eindöt nicht so weit gekommen sein."

„Dann würdest du aber auch mich nicht kennen gelernt haben," sagte sie lachend.

„Wer weiß? Vielleicht hätten wir uns dann unter ganz anderen Verhältnissen getroffen . . ."

„Aber du würdest mich nie zu deiner Frau genommen haben."

„Wenn ich dich lieb gewonnen hätte — doch . . ."

Margit lachte. „Jetzt kannst du so etwas leicht behaupten," neckte sie ihn.

Inspektor Petersen kam am Nachmittag. Alexander ging ihm entgegen, begrüßte ihn aufs herzlichste und führte ihn in den kleinen Salon Margits.

„Vor allem muß ich Sie mit meiner Frau bekannt machen, lieber Petersen," sagte er. „Aus meinen Briefen wissen Sie ja, daß ich schon längere Zeit heimlich vermählt war."

„Ja, Herr Graf — und wir haben uns sehr darüber gefreut. In der Umgegend herrscht natürlich ein Erstaunen."

„Das glaub' ich," entgegnete Alexander lachend. „Aber nun kommen Sie zu meiner Frau."

Margit empfing den Alten mit liebenswürdigster Freundlichkeit.

„Alexander hat mir soviel von Ihnen erzählt, daß ich mich herzlich freue, Ihre Bekanntschaft zu machen, Herr Petersen."

Zur größten Verwunderung Alexanders war Inspektor Petersen durchaus nicht überrascht und erstaunt, als er sich der anmutigen, hohen und vornehmen Frauengestalt gegenüber sah. Er küßte Margit mit altfränkischer, steifer Höflichkeit die Hand und sagte: